#LTJun16
Wollen Sie Kommentare zur Landtagsdebatte abgeben? Twittern Sie mit.

Kleine Anfragen

S-Bahn, Bildung und GPS-Überwachung

Die Abgeordneten stellten im Juni-Landtag folgende Kleine Anfragen:

Elfried Hasler (FBP)
- Führerausweis für Senioren

Manfred Batliner (FBP)
- Gleich lange Spiesse für das Gewerbe

Alois Beck (FBP)
- Ziel und Fahrplan S-Bahn «FL–A–CH»

Wendelin Lampert (FBP)
- AHV-Beiträge auf Dividenden bei juristischen Personen

Karin Rüdisser-Quaderer (VU)
- S-Bahn
- Schulsozialarbeit auf Kindergarten und Primarschulstufe

Judith Oehri (VU)
- Schulgeld

Christoph Beck (VU)
- Impuls Liechtenstein – Programm des Regierungschefs

Manfred Kaufmann (VU)
- Prüfung liechtensteinischer Revisionsgesellschaften in der Schweiz

Helen Konzett Bargetze (FL)
- Förderung von Start-ups
- Erwerb von Grundstücken in Liechtenstein durch Firmen

Thomas Lageder (FL)
- Standortstrategie 2.0
- Couponsteuer

Herbert Elkuch (DU)
- Aufweitung des Rheins

Pio Schurti (DU)
- GPS-Überwachung von Mitarbeitern im Aussendienst
- «Alles Wurscht»
- Sicherheit und Vorsorge
- Geistige Nahrung

www.volksblatt.li

Der FBP-Abgeordnete Wendelin Lampert kann den Tarmed kaum mehr erwarten. Er erhofft sich eine weitere Senkung der Gesundheitskosten. (Fotos: MZ)

Landtag belässt den Staatsbeitrag an die OKP bei 33 Millionen Franken

Absage Das Vorhaben der Freien Liste, den OKP-Staatsbeitrag für 2017 auf 42 Millionen Franken zu erhöhen, fand bei den restlichen Abgeordneten keinen Anklang. Sie unterstützten den Antrag der Regierung, diesen bei 33 Millionen zu belassen.

VON DANIELA FRITZ

Schon vor einem Jahr versuchte die Freie Liste – damals noch im «rosaroten Bündnis» mit der VU – vergeblich, den Staatsbeitrag an die OKP auf 42 Millionen Franken zu erhöhen. Das Argument von Antragsstellerin und FL-Fraktionssprecherin Helen Konzett Bargetze, die Bevölkerung und vor allem der Mittelstand hätten die Sparbemühungen der Regierung nun genug mitgetragen, konnte letztlich nur die Mitstreiter aus ihrer Partei überzeugen. Nachdem auch gestern der Antrag auf Erhöhung ohne viel Diskussion scheiterte, stimmten die Abgeordneten einstimmig für den OKP-Staatsbeitrag von 33 Millionen Franken.

Wesentlich mehr Beachtung schenkten die Politiker neben einigen Detailfragen der erreichten Kostensenkung – und vor allem, ob die in der KVG-Reform versprochene Prämiensenkung von rund 315 Franken pro Versicherten und Jahr im nächsten Jahr auch tatsächlich kommen wird. «Nun ist die Bevölkerung gespannt, ob das Versprechen eingehalten oder über Bord gehen wird», meinte der VU-Abgeordnete Peter Büchel. «Das ist der einzige Grund, warum ich zustimmen werden – eine Chance hat die Regierung verdient.» Auch Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini zeigte sich gespannt. Denn wie er erinnerte, spielt die Entwicklung der Gesundheitskosten eine nicht unwesentliche Rolle bei der Prämiengestaltung. Dass die Regierung nicht voraussagen könne, wann die nächste «Sonnenfinsternis» in der Kostenentwicklung komme, erschreckte Büchel. Schon im Altertum habe man solche Ereignisse vorhersagen können. «Eine Sonnenfinsternis konnte von weisen Personen berechnet werden», präzisierte Pedrazzini. Und ebenso wissen weise Personen, wie Prämien berechnet werden: Dabei würden nun mal Faktoren wie der Staatsbeitrag, die Veränderung der Reserven bei den Krankenkassen oder die Kostenentwicklung eine Rolle spielen. «Die 315 Franken Einsparung durch die KVG-Reform sind gesetzt», betonte der Gesundheitsminister. Die Frage sei vielmehr, inwiefern diese Senkung durch andere Faktoren wie steigende Gesundheitskosten «aufgefressen» werde.

«Rotstift angesetzt»

Zumindest derzeit scheinen die Aussichten aber gut. «Einen Lichtblick» sah etwa der FBP-Abgeordnete Wendelin Lampert darin, dass die Gesundheitskosten 2015 gesunken sind (-1,3 Prozent). Sie befänden sich jedoch noch auf hohem Niveau, Liechtenstein sei nach Basel Stadt und Genf der teuerste «Kanton». «Dieses Mal kann ich die 33 Millionen Staatsbeitrag mit gutem Gewissen unterstützen, da wir ab 2017 mit dem Tarmed wesentlich mehr Kontrolle haben», meinte Lampert. Sein Parteikollege Elfried Hasler machte die Kostensenkung vor allem an diversen Massnahmen fest, die nun Wirkung zeigen: «Den Rotstift anzusetzen, war sicher keine angenehme Aufgabe. Ich kann nur gratulieren, auch wenn ich den Gesundheitsminister um seine Rolle nicht beneide.» Dem schloss sich sogar Harry Quaderer (DU) an, auch wenn er daran erinnerte, dass das Volk und der Landtag diese Entscheidungen wesentlich mitgetragen habe. Pedrazzini selbst warnte aber vor zu viel Euphorie. Die Massnahmen hätten nur eine Verschnaufpause verschafft, denn das Kostenwachstum liesse sich aufgrund der demografischen Entwicklung nicht stoppen, höchstens eindämmen.

«Das ist unseriös und lausig», «Eine absolute Frechheit» – Schwarz-weisses Wortgefecht bei Postulat der Freien Liste

Postulat Der Vorstoss der Freien Liste zur Situation älterer Arbeitnehmer wurde deutlich intensiver behandelt, als man es erahnen durfte. Zwei Abgeordnete gerieten dabei gehörig aneinander.

VON HOLGER FRANKE

Wer die Landtagssitzungen bereits seit vielen Jahren verfolgt, wird sich an manche sportlich geführte Debatte erinnern. In den vergangenen Jahren ist es im Hohen Hause allerdings deutlich ruhiger geworden. Und so hatte das Postulat der Freien Liste zur Situation der Arbeitnehmenden über 50 Jahre gestern eigentlich auch nicht wirkliches Unwetterpotenzial. Doch es sollte anders kommen. Die Landtagsfraktion der Freien Liste will mit einem Postulat die Situation von Arbeitnehmenden über 50 Jahren prüfen lassen. Ein Vorstoss, der unter den Abgeordneten grundsätzlich eher Zuspruch fand, auch wenn es Bedenken einzelner Abgeordneter gab. So wurde unter anderem angesprochen, dass man sich auch eher der Jugendarbeitslosigkeit oder auch den anderen Altersklassen widmen könnte. Rainer Gopp (FBP) machte darauf aufmerksam, dass der Blick auf die zukünftige Altersstruktur

«Bei der Regierung arbeiten viele über 50 Jahre – mit der Überweisung haben wir einiges zur Lösung des Problems beigetragen.»

ELFRIED HASLER
LANDTAGSABGEORDNETER (FBP)

zeige, dass neue Denkansätze erfolgen müssten, bei dem aber vor allem die Sozialpartner gefordert seien. Dass man den Vorstoss der Freien Liste aber auch anders sehen kann, machte der FBP-Abgeordnete Elfried Hasler deutlich. Er wies unter Berufung entsprechender Statistiken daraufhin, dass die Arbeitslosenquote der über 50-Jährigen deutlich tiefer sei, als in allen übrigen Altersklassen. Man könne auch vermuten, dass der Trend nach oben zeige. Man könne auch vermuten, dass es mehr Ausgesteuerte gebe. Man könne auch vermuten, dass häufiger wirtschaftliche Sozialhilfe nötig sei. All das sei aber nicht der Fall, wie Elfried Hasler ausführte. «Nach eingehender Analyse zeigt sich für mich, ein überraschend positives Bild.»

Wenn zwei aneinander geraten

Auch der FBP-Abgeordnete Alois Beck kommentierte, dass die Freie Liste für gewöhnlich ihre Vorstösse eher «relativ bereit» recherchiere – aber in diesem Fall wäre eine Interpellation wohl das bessere parlamentarische Mittel gewesen. Wolfgang Marxer von der Freien Liste konterte zweideutig, dass man eben die Statistik zu Rate zieht, die der eigenen Argumentation nutze. Inhaltlich argumentierte er aber, dass es den Postulanten darum ginge, in die Zukunft zu blicken – auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung. Mit Blick auf die jüngst beschlossene Anhebung des Rentenalters sei der Landtag nun auch gefordert erste Denkanstösse bei der Regierung abzuholen. Doch der Brunnen war ganz offensichtlich schon vergiftet: «Es hat mich geärgert, dass sie sich überhaupt nicht vorbereitet haben. Sie wollen Coaching für über 50-Jährige, das gibt es doch. Einarbeitungszuschüsse gibt es bei uns auch. Sie haben sich einfach nicht vorbereitet. Das ist unseriös und lausig», polterte Elfried Hasler (FBP). Schliesslich habe man als Abgeordneter eine Verantwortung bei einem parlamentarischen Vorstoss, der bei der Regierung Arbeit auslöst. «Da darf man schon erwarten, dass man sich seriös vorbereitet und nicht einfach aus einem Bauchgefühl heraus etwas vermutet. Das ist nicht die Art und Weise, wie ich mir seriöse Parlamentsarbeit vorstelle. Die Regierung bekommt jetzt Arbeit: Bei der Regierung arbeiten viele über 50 Jahre – mit der Überweisung haben wir einiges zur Lösung des Problems beigetragen», schoss Hasler in Richtung Wolfgang Marxer. Elfried Hasler betonte, dass er das Thema «nicht vom Tisch wischen» wolle, bat aber darum, dass sich die Freie Liste in Zukunft etwas seriöser mit einem Thema beschäftigen und «saubere Arbeit» abliefern sollte.

«Mir bleibt die Spucke weg»

Doch auch Wolfgang Marxer blieb in dem Duell nichts schuldig: «Mir bleibt die Spucke weg. Ich finde es eine Ungeheuerlichkeit, dass gerade die FBP mit Qualitätsäusserungen die Arbeit anderer Fraktionen abqualifiziert.» In jedem Landtag sei nach Ansicht Marxers eine andere Partei die Zielscheibe, diesmal sei es offenbar die Freie Liste. «Wenn ich es resümieren müsste: Eine absolute Frechheit, aber das ist ihre Sache. Das können wir gerne mal bei einem Bier besprechen.» Ob die zwei Streithähne dies bei einem Bier lösen werden, wird wohl deren Geheimnis blieben. Vermutlich wird aber mehr als ein Bier nötig sein. Für zusätzlichen Unterhaltungswert sorgte dann nämlich Pio Schurti (DU). «Elfried Hasler, Ihre Argumente haben mich überzeugt, ich werde dem Postulat nicht zustimmen.» Dies sorgte für Gelächter, denn Hasler wollte dem Postulat zu diesem Zeitpunkt eigentlich noch zustimmen.

Am Ende doch überwiesen

Doch der Streit war noch nicht beigelegt und Elfried Hasler legte nach: «Herr Marxer, sie sagten ‹die FBP erlaubt sich› … Ich bin nicht die FBP. Ich bin der Abgeordnete Elfried Hasler. Und ich erlaube mir!» Allerdings erklärte Hasler nun, sich umentschieden zu haben, da er von seinem Bankkollegen informiert worden sei, dass die Freie Liste schliesslich eine Interpellation einreichen könnte. «Dann haben Sie die Fakten und dann kann etwas informierter beurteilt werden, als wenn aus einem Bauchgefühl argumentiert wird. Es ist meine Empfehlung eine Interpellation zu machen und sich seriös vorzubereiten.» Denn Schlussakt setzte dann Wolfgang Marxer: «Zum Thema seriöse Entscheidungen: Wir haben gerade ein Beispiel bekommen, wie sie entscheiden: Sie machen, was sie denken, dann ist alles gut.» Am Ende stimmten 16 Abgeordnete für die Überweisung des Postulats an die Regierung – Elfried Hasler hat nicht zugestimmt.